

Runde Tische als Instrument der Mediation in der Energiewende – Chancen und Grenzen am Beispiel des Pumpspeicherwerks Atdorf

Michaele Hustedt

Erstmals seit Jahrzehnten sind sich alle politischen Richtungen in den wesentlichen Zielen der Energiepolitik einig. Dies ist eine große Chance, aber auch eine immense Herausforderung. Umfangreiche Investitionen in Anlagen der Wind-, Sonnen-, Bioenergie und Erdwärme sind ebenso nötig wie Investitionen in Netze und Speicher. Das Ja zur Energiewende heißt dabei allerdings nicht, dass jedes Projekt, das mit Klimaschutz und Energiewende begründet wird, umgesetzt werden muss. Aber es können auch nicht alle Projekte abgelehnt werden mit dem Verweis darauf, dass es an anderen Orten Alternativen gibt oder es Belastungen für Natur und/oder Anwohner/innen bedeutet. Am Ende muss es ausreichend Zustimmungen für Investitionen geben, damit die Energiewende gelingt. Dieser Debatte müssen sich gerade auch die Umwelt- und Naturschutzverbände, aber auch die Bürger/innen vor Ort ehrlich stellen. In der heutigen Zeit reichen parlamentarische Mehrheiten allein nicht mehr aus, um derart große Investitionen abzusichern. Deshalb stehen wir vor der Aufgabe, ergänzend zur repräsentativen Institutionen-Demokratie verstärkt Elemente der Partizipation – bzw. diskursiven Demokratie – zu entwickeln und einzusetzen.

Die Politik überlässt die Energiewirtschaft nicht dem freien Markt, sondern setzt Ziele und Rahmenbedingungen, um die Entwicklung zu steuern. Dafür gibt es gute Gründe: Klimaschutz, Risikominimierung, Versorgungssicherheit, Innovationsanreize, Entwicklung der ländlichen Räume u. a. Häufig geht es bei Konflikten um Interessen der Anwohner/innen und/oder der Naturschützer/innen vor Ort versus die übergreifenden Interessen der Energiewende. Die Politik trägt daher die Verantwortung für einen parallelen großen gesellschaftlichen Dialog:

- Energiewende mit einer »Politik auf Augenhöhe« verlangt Zuhören, aber auch Position beziehen.
- Ziel muss sein, dass es bei den Bürgerinnen und Bürgern von einer prinzipiellen, aber passiven Zustimmung zur Energiewende zu einer aktiven Beteiligung an konkreten Projekten kommt. Jede Region sollte sich in moderierten Prozessen fragen: Was ist unser Beitrag zur Energiewende? Wo liegen unsere Stärken? Wie können die Kommunen, die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort optimal profitieren?
- Zudem braucht es auf Landes- und Bundesebene organisierte Dialoge über die Ausgestaltung der künftigen Energiewirtschaft mit der Zivilgesellschaft, d.h. mit Umweltverbänden, Verbraucherschützer/innen, Unternehmen usw. Nur so kann es auch mehr demokratische Legitimation und Akzeptanz geben.

Die Investoren müssen ebenfalls bei Investitionsvorhaben deutlich früher und deutlich mehr Transparenz zeigen, neue Formen des Dialogs früher als bisher einrichten, nutzen und finanzieren. Und sie müssen bereit sein,

Anregungen aufzunehmen. Beim Pumpspeicherwerk (PSW) Atdorf hat die Schluchseewerk AG diese Verantwortung übernommen.

Der »Runde Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf« war und ist ein Beitrag zur Stärkung der direkten Demokratie, der weit über die Region hinaus Bedeutung hat. Der Runde Tisch PSW Atdorf ist Teil eines gemeinsamen Lernprozesses aller Beteiligten, da sie alle vor neuen Fragen und Herausforderungen standen und stehen. Davon kann man für zukünftige Prozesse lernen.

Der Runde Tisch wurde von dem damaligen grünen Abgeordneten Franz Untersteller und dem NABU Geschäftsführer Andre Baumann eingefordert, nachdem deutlich wurde, dass dieses Projekt vor Ort heftige Diskussion auslöste, die sich auch in der grünen Partei und in dem Umweltverband widerspiegelten. Bei dem geplanten Pumpspeicherwerk handelt es sich einerseits um den größten Pumpspeicher Deutschlands – und Speicher werden für die Energiewende dringend gebraucht – andererseits stellt so ein Projekt natürlich auch einen tiefen Eingriff in die Natur dar und bedeutet für die Anwohner, ca. 5 Jahre mit der größten Baustelle Deutschlands zu leben.

Auf den ersten Blick war es ein bipolarer Streit: Investor gegen eine Bürgerinitiative (BI), die sich gegen das Projekt gegründet hatte. Umfragen vor Ort hatten dabei ergeben, dass ungefähr die Hälfte der Bevölkerung für, die andere Hälfte gegen das PSW sind. Auf den zweiten Blick jedoch wurde deutlich, dass es in der Auseinandersetzung viel mehr Facetten gab: Diejenigen, die grundsätzlich für das PSW waren, aber Sorgen hatten, dass die Lärm- und Emissionsbelastung zu groß wird; diejenigen, die zwar eigentlich gegen den Eingriff waren, aber auch die energiepolitische Notwendigkeit sahen; die Hoteliers, die Sorgen um ihre Einnahmen hatten; die Kliniken, die ebenfalls Einbußen befürchteten; andererseits Unternehmer, die sich durch den Bau Aufträge erhofften; Bürgermeister, die Sorge um ihre Wiederwahl hatten, sich aber auch neue Gewerbeeinnahmen in einer strukturschwachen Region wünschten. Viele sehr unterschiedliche und legitime Interessen. Und nicht zuletzt: bei den Grünen, der SPD und der FDP war die Basis vor Ort dagegen, die Landes- und Bundespolitiker aber dafür.

Da es sich auch um einen Konflikt zwischen Allgemeinwohl und individuellen Interessen vor Ort handelt wurde beschlossen, paritätisch die Landes- und die kommunale Ebene einzubeziehen, damit dieser Konflikt Teil des runden Tisches wird. Teilnehmer des Runden Tisches PSW Atdorf waren u. a.: Umwelt- und Tourismusverbände, Bürgermeister, Politiker/innen aller Parteien, BI und die Unternehmer pro Atdorf, Planungsbehörden, Investor ... Es waren insgesamt ca. 50 Leute plus Berater/innen. Beteiligung: Alle wichtigen Gruppierungen der Zivilgesellschaft waren am Runden Tisch beteiligt und haben sich bis zum Schluss konstruktiv eingemischt.

Es handelt sich also nicht um direkte Bürgerbeteiligung, sondern um ein Instrument zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Vertretung der Bürger/innen. Allerdings profitierten auch die Bürger/innen von der Transparenz zu allen wesentlichen Fragen rund um das Projekt (s. unten).

Der Umwelt- und Energieminister Franz Untersteller war bei einem Runden Tisch dabei, Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium, bei zwei weiteren Sitzungen. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat den Prozess also intensiv verfolgt.

Ablauf, Rahmen und Ziele des Runden Tisches PSW Atdorf

Der Runde Tisch PSW Atdorf hat sich 2011 fünf Mal getroffen, jeweils 8 bis 10 Stunden lang. Dazwischen fanden etliche AG statt. Transparenz und Öffentlichkeit wurde durch einen Livestream mit Public Viewing und die Anwesenheit von Reportern/innen, teilweise auch Publikum hergestellt. Es wurde in den örtlichen Zeitungen sehr ausführlich über den ganzen Prozess berichtet.

Die Spielregeln haben sich die Teilnehmer des Runden Tisches selber gegeben und ebenso frei waren sie in der Entscheidung, wie sie die Themen bearbeiten wollen und welche Gutachter dazu eingeladen wurden. Es wurden u. a. folgende Themen debattiert: Brauchen wir PSW in Deutschland? Wenn ja, ist dies der richtige Standort oder gibt es Alternativen? Welche Belastung der Anwohner entsteht durch Lärm, Emissionen, Erschütterungen etc.? Wie können diese minimiert werden? Gibt es Gefahren für die Tourismusbranche? Wie kann man es schaffen, dass sie sogar davon profitiert? Weitere zu beachtende Aspekte: Naturschutz und Ausgleichskonzept, Gewerbesteuer, Erdbebensicherheit der Staudämme, Gewässerschutz ...

Was können Runde Tische erreichen?

Wenn ein Runder Tisch eingerichtet wird während das Verfahren bereits läuft und wenn sich schon massiv Widerstand vor Ort aufgebaut hat (so wie dies beim PSW Atdorf der Fall war), muss man sich fragen, was ein Runder Tisch zu diesem Zeitpunkt noch erreichen kann und was nicht. Ganz sicher ist die Zielstellung, dass am Ende des Prozesses alle einer Meinung sind, unreal. Die Bürgerinitiative hatte in ihrer Satzung das Ziel »Verhinderung des PSW« verankert. Die »Unternehmer pro Atdorf« und der Investor haben dagegen eine klare Position für das Pumpspeicherwerk. Was kann zu diesem Zeitpunkt also ein Runder Tisch noch erreichen? Diese Frage muss zwingend zu Beginn des Prozesses von allen Akteuren gemeinsam geklärt werden!

Folgende Ziele wurden gesteckt und auch erreicht:

- Diskussion über die bedeutsamen Aspekte des geplanten Pumpspeicherwerkes inkl. der Frage der grundsätzlichen Notwendigkeit
- Herstellung von Transparenz über die Entscheidungsgrundlagen
- Kompetenzzuwachs bei allen Dialogpartner/innen
- Versachlichung der Diskussion
- Verbesserte Grundlagen und Voraussetzungen für die weiteren Entscheidungsprozesse
- Anstoß geben für Prozesse, welche die Region für den weiteren Prozess deutlich besser aufstellen

Gerade letzteres war in der Nachschau aus meiner Sicht als Moderatorin des Runden Tisches besonders wichtig. Der Runde Tisch hat durch die kompakte Debatte wie in einem Kristallisationsprozess wichtige Impulse für die Region gesetzt. Diese müssen jetzt im Nachfolgeprozess weiter verfolgt werden. Einige Beispiele zur Veranschaulichung:

- Der Runde Tisch gab den Anwohner/innen und den regionalen Unternehmen den Impuls, ihre Interessen organisiert zu vertreten. Zu prüfen ist der Vorschlag, während der Bauphase eine Ombudsstelle als ersten Anlaufpunkt für Beschwerden einzurichten. Zentrale Koordinatoren der Interessensvertretung sind die Bürgermeister.
- Die Aufgabe für die Tourismusbranche lautet: Die Bauphase so weitestgehend wie möglich positiv zu gestalten (Belegung der Betten mit Bauarbeitern, Baustellentourismus ...) und für die Zeit danach mit einem offensiven Konzept und neuen attraktiven Leuchtturmprojekten als touristische Attraktion gerüstet zu sein. Die Schluchseewerk AG hat für einen Fonds, der diese Maßnahmen finanzieren soll, finanzielle Unterstützung zugesagt.
- Für die Absicherung der Kliniken wurde ein moderierter Diskussionsprozess verabredet. Der neue Bürgermeister von Bad Säckingen wird den Prozess koordinieren.
- Die Naturschützer/innen sollten die verbleibende Zeit bis zum Planfeststellungsverfahren nutzen, um Einfluss auf die Ausgleichsmaßnahmen zu nehmen. Darüber hinaus steht die Forderung nach einer Stiftung für den Naturschutz im Raum, die noch verhandelt werden muss.
- Die Region sollte möglichst hohen Nutzen aus der Energiewende ziehen. Dieser Prozess sollte in einem Netzwerk organisiert werden, an dem sich Kommunalpolitik, Unternehmen, Verbände und Bürger/innen beteiligen können. Der Umwelt- und Energieminister des Landes Baden-Württemberg Franz Untersteller hat für eine Potenzialsstudie finanzielle Unterstützung zugesagt. Den fehlenden Beitrag könnten die beteiligten Unternehmen anteilig übernehmen. Entscheidend ist, dass vor allem Umweltverbände, Bürgermeister und Kommunalpolitiker/innen diese Initiative aufgreifen und ausgestalten. Damit könnte ein wichtiger wirtschaftlicher Impuls für die Region gesetzt werden, von dem alle profitieren könnten.

Was kann man daraus lernen?

- Runde Tische sind ein mögliches Instrument der Beteiligung der Zivilgesellschaft.
- Sie sind für alle Beteiligten allerdings auch sehr aufwendig. Runde Tische machen deshalb nur bei größeren ernsthaft umstrittenen Projekten Sinn. Deshalb sollten sie nicht gesetzlich vorgeschrieben werden.
- Es wäre aber durchaus sinnvoll, die bisherigen Planungsverfahren bürgernäher zu gestalten, so dass sie nicht nur von Expert/innen genutzt werden können.

- Runde Tische sind ein möglicher Bestandteil moderner künftiger Genehmigungsverfahren bundesweit, weil sie viel bürgernäher über ein Projekt informieren als die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren, und weil sie insgesamt das Ziel haben, einen Ausgleich der Interessen vor Ort herzustellen.
- Runde Tische sind Instrumente, um die Zivilgesellschaft einzubeziehen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure können hier ihre Interessen vertreten und werden transparent über das Verfahren informiert.
- Am Runden Tisch kann um (politische) Kompromisse gerungen werden. Während es bei gesetzlichen Genehmigungsprozessen vor allem darum geht, ob der Investor die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt.
- Der sinnvolle Zeitpunkt, diese grundsätzlichen Fragen zu diskutieren, ist zunächst vor dem Raumordnungsverfahren, wo darüber diskutiert werden kann, ob das Projekt überhaupt nötig ist, welcher Standort zu wählen ist etc. Die Bürger/innen müssen dann aber auch vor dem Planfeststellungsverfahren einbezogen werden, in dem die konkreteren Fragen der Umsetzung geklärt werden. Diese Fragen früher zu debattieren macht keinen Sinn, da dann die Planungen noch nicht weit genug sind und ansonsten die Diskussion unbefriedigend ist.
- Wichtig ist zu verstehen, dass solche Diskussionen keine bipolare Veranstaltung sind (Bürgerinitiative versus Investor). Wesentlich ist, dass alle Interessen, wie z.B. die der Unternehmen (die davon profitieren wollen), die der Hotelbesitzer/innen (die nicht prinzipiell dagegen sind, aber Sorge um ihr Geschäft haben), die der Bürgermeister/innen (die die Interessen der Anwohner/innen vertreten) unabhängig von ihrer Meinung zum Projekt ausreichend berücksichtigt werden.
- Ziel solcher Runden Tische ist es u. a., nachhaltige Prozesse anzustoßen, die auch nach Beendigung des Runden Tisches weiter leben. Sie sollen helfen, Belastungen, die die geplanten Projekte für die Region bringen, zu steuern und zu minimieren und die hieraus entstehenden Chancen und den Nutzen für die Region zu optimieren.
- Runde Tische sind ein Instrument. Aber es gibt andere. Wichtig sind frühzeitige Beteiligungsprozesse, die nicht erst während des laufenden Planungsprozesses starten. Vor der konkreten Investitionsentscheidung müssen in einem offenen Prozess mit Angeboten zur aktiven Bürgerbeteiligung (z.B. Zukunftswerkstätten, Netzwerken etc.) konsensuale Entwicklungsziele formuliert werden, von denen die Bürger/innen auch profitieren können. Hier eingebettet hat der Investor eine optimale Absicherung für die Akzeptanz seiner Investition.
- Insofern ist nicht der Investor allein verantwortlich, sondern die Politik auf allen Ebenen, insbesondere auch die Bürgermeister/innen und die Kommunalfraktionen.

Wenn es gelingt, die Energiewende nicht nur technisch zu debattieren, sondern sie auch als einen gemeinsamen Lernprozess für die Demokratieentwicklung zu begreifen, könnte das nicht nur mehr Akzeptanz für die Investitionen vor Ort bringen, sondern auch einen Beitrag gegen Politikverdrossenheit und für die Identifikation der Bürger/innen mit ihrer Region bzw. dem (Bundes-)Land sein.

Hinweis

Dieser Artikel ist zuerst erschienen im [eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2012 vom 05.10.2012](#).

Autorin

Michaele Hustedt war Ökologiereferentin im Bundesvorstand der Grünen und von 1994 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2005 leitet sie zusammen mit Albert Schmidt das CPC Berlin – Politikberatung und Coaching und ist als Beraterin, Coach, Trainerin und Moderatorin für Akteure in den Bereichen Politik, Verbände, Zivilgesellschaft und Wirtschaft tätig.

Kontakt:

Michaele Hustedt

CPC Berlin

Telefon: (0172) 321 30 28

E-Mail: hustedt@hotmail.com

www.cpc-berlin.de

www.runder-tisch-Atdorf.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de